

Bärbel Sunderbrink (Bearbeitung)

Konfliktfelder der modernen Massengesellschaft (1880–1930)

Einheit 2:

Ulrich Herbert: Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland 1880–1918

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis

1	„Auslandspolen“ in der ostdeutschen Landwirtschaft 1870-1914	4
1.1	Polnische Saisonarbeiter und preußische „Abwehrpolitik“	4
1.2	Strukturwandel in der Landwirtschaft	8
1.3	Reglementierung der „Ausländerzufuhr“	12
1.4	Die Debatte um die „Überfremdungsgefahr“	14
1.5	Zentralisierung und Kontrolle: Die Verstaatlichung der Ausländeranwerbung	19
1.6	Arbeits- und Lebensbedingungen der Saisonarbeiter.....	24
2	Die „Ruhrpolen“	29
2.1	Integration oder nationale Subkultur?.....	29
2.2	Polenfeindlichkeit und Diskriminierung	32
2.3	Das polnische Sozialmilieu.....	35
2.4	Assimilationsdruck	36
3	Ausländerbeschäftigung im Ersten Weltkrieg.....	39
3.1	Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen.....	41
3.2	Zivile „Zwangsarbeiter“ in der deutschen Landwirtschaft.....	43
3.3	Die Deportation belgischer Industriearbeiter	48
3.4	„Ostarbeiter“ in der westdeutschen Industrie.....	52
3.5	Dynamik der Zwangsarbeit	58
4	Fazit	61
5	Anhang.....	64
6	Auswahlbibliographie	73

1 „Auslandspolen“ in der ostdeutschen Landwirtschaft 1880-1914

1.1 Polnische Saisonarbeiter und preußische „Abwehrpolitik“

Strukturelle Agrarkrise

Die Landwirtschaft der preußischen Ostgebiete war in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht immer das Rückgrat des im 19. Jahrhunderts so rapide erstarkenden Preußen gewesen. Als sie in der Zeit nach der preußisch-deutschen Reichsgründung von 1871 jedoch verstärkt die ausländische Konkurrenz, vor allem der Agrarproduktion der USA, zu spüren bekam, wurde deutlich, dass die „ostelbische“ Landwirtschaft wirtschaftlich wenig leistungsfähig, ineffektiv organisiert und in den Produktionsformen rückständig war. Der billige Weizen aus Amerika ließ den preußischen Weizenpreis von 221 (1880) auf 157 (1886) Mark/t sinken; das deutsche Agrarpreisniveau von 1870 wurde erst 1912 wieder erreicht. Eine lang andauernde Strukturkrise der Landwirtschaft war die Folge, die zwar politisch durch eine künstliche Hochhaltung der deutschen Agrarpreise mittels hoher Schutzzölle gegen amerikanische Agrarimporte abgemildert wurde. Die Sozialisierung der Erzeugerverluste auf Kosten der Verbraucher brachte aber gleichwohl eine deutliche Verschlechterung der Lage vor allem der abhängig beschäftigten Landbevölkerung in den ostelbischen Agrargebieten mit sich.¹

Bevölkerungszuwachs

Hinzu kam noch, dass sich die Reichsbevölkerung rapide und in steigenden Wachstumsraten vergrößerte – zwischen 1873 und 1895 allein um 25 % von 41,6 Mio. auf 52 Mio. Die deutsche Landwirtschaft aber konnte aufgrund ihrer strukturellen Defizite keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, sondern musste zur Verminderung der Lohnkosten vielmehr rationalisieren und die Zahl der Beschäftigten verringern.

Landflucht

Agrarkrise und Bevölkerungsdruck führten daher in verstärktem Maße zur Abwanderung der Landbevölkerung. Die Landflucht wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einem auffälligen und die Zeitgenossen beunruhigenden Phänomen, wobei man allerdings zwischen zwei verschiedenen Formen der Abwanderung aus den agrarisch strukturierten preußischen Ostgebieten unterscheiden muss.

Überseeische Auswanderung

In den 1880er Jahren stand die überseeische Auswanderung, vor allem in die USA, im Zentrum des Wanderungsgeschehens, wobei das Ausmaß der Auswanderung eng mit der konjunkturellen Entwicklung verknüpft und somit starken Schwankungen ausgesetzt war. Während zwischen 1846/47 und 1857/59 fast 1,3 Mio. Deutsche auswanderten, waren es in den Jahren nach dem Gründerkrach 1873 sehr viel weniger. Ihren Höhepunkt erreichte die Auswandererwelle zwi-

¹ Vgl. einführend Th. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 199-225 („Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft“); H.U. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995, S. 685-699 („Die deutsche Landwirtschaft von 1876 bis 1914“), H. Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967.

schen 1880 und 1893 mit fast 1,8 Mio. Auswanderern, 92 % davon gingen in die USA.²

Neben die überseeische Auswanderung trat seit den 1880er Jahren mehr und mehr die Abwanderung der ostelbischen Landarbeiterbevölkerung in die industrialisierten Regionen des preußischen Westens, vor allem ins Ruhrgebiet; ausgelöst durch die intensive Anwerbung von Arbeitern aus dem preußischen Nordosten für die neuentstehenden und rasant wachsenden Großindustrien und erleichtert durch die Verbilligung der Massentransporte von Arbeitskräften auf dem Schienenweg.³

Binnenwanderung

Vgl. dazu Tab. 1 u. 2 im Anhang

Beides – überseeische Auswanderung und Ost-West-Fernwanderung – führte dazu, dass sich die Lage auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt in Deutschland in relativ kurzer Zeit erheblich veränderte. Hatte 1849 eine landwirtschaftliche Kommission in ihrem Bericht „Die ländliche Arbeiterfrage“ noch festgestellt, dass nahezu in allen preußischen Agrarregionen Mangel an Arbeitsgelegenheit bestand,⁴ wurde bereits Anfang der 1870er Jahre über die Knappheit an landwirtschaftlichen Arbeitskräften geklagt.⁵

Nachdem im Gefolge der „Gründerkrise“ der 1870er Jahre die Probleme mit Landflucht und Arbeitermangel stark zurückgegangen waren, verstärkten sich seit den 1880er Jahren die Beschwerden der landwirtschaftlichen Interessengruppen über die zunehmend feststellbare „Leutenot“. Um diesem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften abzuwehren, gingen seit den frühen 1880er Jahren viele ostdeutsche Gutsbesitzer vor allem in den grenznahen Gebieten dazu über, Arbeitskräfte aus den von Russland und Österreich okkupierten Teilen des ehemaligen Polen anzuwerben und auf ihren Gütern zu beschäftigen. Für die landwirtschaftlichen Arbeitgeber war dies eine ebenso naheliegende wie einfache Lösung ihres Arbeiterproblems. Sie kollidierten damit aber mit einem der brisantesten Aspekte preußisch-deutscher Nationalitätenpolitik und stießen auf erheblichen Widerstand bei den an „Festigung des Deutschtums“ und „Zurückdrängung des slawischen Einflusses“ vor allem in den preußischen Ostprovinzen engagierten

„Leutenot“

Antipolnische Nationalitätenpolitik Preußens

² K.J. Bade, Massenwanderung und Arbeitsmarkt im deutschen Nordosten von 1880 bis zum Ersten Weltkrieg: Überseeische Auswanderung und kontinentale Zuwanderung, in: Archiv für Sozialgeschichte, 20, 1980, S. 265-323; ders., Die deutsche überseeische Massenauswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Bestimmungsfaktoren und Entwicklungsbedingungen, in: ders. (Hg.), Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, Ostfildern 1984, S. 259-299.

³ Dazu vor allem Ch. Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1970-1945, Göttingen 1978.

⁴ Alexander v. Lengerke, Die ländliche Arbeiterfrage, Berlin 1849, zit. n. J. Nichtweiss, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches von 1890-1914, Berlin (DDR) 1959, S. 27.

⁵ Vgl. etwa Th. von der Goltz, Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung, Danzig 1874; ders.: Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich, Berlin 1875. Die Zunahme der Ab- und Auswanderungen wurde auch damit begründet, dass die sozialdemokratische Agitation Missstimmung unter den ländlichen Arbeitern erzeugt und vergrößert habe, allerdings habe die SPD „in den meisten Gegenden überhaupt keine, in anderen nur sehr geringe Erfolge aufzuweisen“. (Kuno Franckenstein, Die Arbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1893, S. 314f.)

Interessengruppen und Regierungsstellen. Mit dem Hereinholen der ersten Kolonnen vor allem russisch-polnischer Landarbeiter ins Deutsche Reich begann auch der Konflikt zwischen wirtschaftlichen und politischen Interessen, der seitdem jede Diskussion um die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland begleiten und bestimmen sollte.

Polen preußischer Staatsbürgerschaft

Schon die als preußische Staatsbürger im von Preußen okkupierten Teil des ehemaligen polnischen Königreichs, also auf dem Gebiet des Deutschen Reiches lebenden Polen waren von Seiten der Regierung erheblichen Bedrängungen ausgesetzt, die zum einen aus der Furcht der deutschen Behörden vor der polnischen Agitation gegen die Dreiteilung ihres Heimatlandes erwachsen und die zum anderen „nachhaltig von den Ideen eines west-östlichen Kulturgefälles und germanisierender Überlegenheit gegenüber den Slawen beeinflusst“ waren.⁶ Denn riefen die Abwanderungen preußisch-polnischer Arbeiter ins Ruhrgebiet bereits das Gespenst einer „Polonisierung des Westens“ auf den Plan, kam nun durch die Zuwanderung von Polen aus Rußland und Österreich das Gespenst einer „Polonisierung des Ostens“ hinzu.⁷ In der Presse wurde Mitte der 1880er Jahre laut darüber geklagt,

Angst vor „Polonisierung“

„daß eine Polonisierung von Landstrichen stattfinde, die bereits für germanische Sitte, Kultur und Sprache gewonnen waren. Aus Rußland ergieße sich ein polnischer Einwanderungsstrom in unsere östlichen Provinzen, welcher immer größere Dimensionen annimmt, je unbehaglicher sich die Polen in Rußland fühlen. Dadurch werde das polnische Element fortwährend verstärkt. Gerade die aus Rußland einwandernden Polen bringen einen hohen Grad von Unzufriedenheit, von Sehnsucht nach der Befreiung Polens aus der russischen Knechtschaft mit herüber und schüren hier den Funken, der sonst wohl unter der Asche verglimmen würde. Das alles dränge uns doch die Frage auf, ob es nicht im Interesse der Selbsterhaltung notwendig ist, dem weiteren Umsichgreifen des Polentums und der nationalpolitischen Idee feste Riegel vorzuschieben.“⁸

Bereits in den 1880er Jahren entstand jene Argumentation, die die Auswanderung Deutscher nach Übersee mit den Zuwanderungen aus dem östlichen Ausland in unmittelbarem Zusammenhang brachte und die ein Jahrzehnt später im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion um die Zuwanderung von Auslandspolen stehen sollte. So schrieb die Posener Zeitung 1885: „Stellen doch gerade die östlichen Provinzen ein großes Kontingent der deutschen Auswanderer! Ist das nicht ein Beweis dafür, daß unsere eigenen Reichsgenossen durch Fremde aus der Heimat vertrieben werden?“⁹

Auf der anderen Seite war die Größenordnung der Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeitskräfte mit einigen zehntausend Zuwanderern aber zu gering, um

⁶ H.U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich, Göttingen 1973, S. 114; ders., Die Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich, in: ders., Krisenherd des Kaiserreiches, 1871-1918, Göttingen 1970, S. 181-200; Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt a.M. 1972.

⁷ Vgl. K.J. Bade, „Kulturkampf“ auf dem Arbeitsmarkt: Bismarcks „Polenpolitik“ 1885-1890, in: O. Pflanze (Hg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München 1982, S. 121-142.

⁸ Leipziger Tageblatt, abgedr. in: „Die Post“ v. 11.3.1885, zit. n. Bade, Kulturkampf, S. 128.

⁹ Posener Zeitung v. 29.3.1885, zit. n. ebd.

ernsthaft solche Verdrängungsängste begründen zu können. So gab es denn auch Stimmen, die derartige Argumentationen heftig kritisierten. Die Schlesische Volkszeitung etwa schrieb dazu im Frühjahr 1885:

„Haben sich denn die Salven lawinenartig über Preußens und Deutschlands Grenzen ergossen, so daß das mächtige Preußen und das geeinte Deutsche Reich in seinen Fundamenten erschüttert ist? Diese wenigen tausend harmlosen Leute, die nach Preußen kommen, um ihr Brot zu verdienen, können doch unmöglich die Sicherheit Preußens gefährden ... eine tatsächliche Bedrohung unseres Staates durch eine Handvoll Überläufer ist so absurd, daß davon ernsthaft wohl überhaupt nicht die Rede sein kann.“¹⁰

Während aber die landwirtschaftlichen und – in Schlesien – auch industriellen Unternehmer, die ausländische Polen beschäftigten und als deren Sprachrohr die Schlesische Zeitung hier auftrat, an der Beschäftigung der „billigen und willigen“ Polen sehr interessiert waren, zumal die „Leutenot“ Mitte der 1880er Jahre weiter zunahm, setzte die preußische Regierung im Frühjahr 1885 harte Maßnahmen gegen die weitere Zuwanderung ausländisch-polnischer Arbeiter durch. *„Für die Gestattung des Übertritts insbesondere aus Russisch-Polen pflegt allerdings auf das Bedürfnis der Landwirtschaft nach billigen Arbeitskräften hingewiesen zu werden“*, erklärte der preußische Kultusminister Gossler im Februar 1885.¹¹ Auf der anderen Seite, so Bismarck an den preußischen Innenminister einige Tage später,

Interessenkonstellation

„könnten wir doch nicht zugeben, daß das Arbeiterbedürfnis der Grenzkreise schwerer ins Gewicht falle als die staatlichen und politischen Gefahren, welche die Polonisierung eines großen Teils der preußischen Bevölkerung in sich schließt. Wir halten es bei aller Anerkennung der Landwirtschaft als des wichtigsten aller Gewerbe doch für ein geringeres Übel, daß einzelne Gebiete Mangel an Arbeitskräften haben, als daß der Staat und seine Zukunft leiden.“¹²

Nach dieser Maxime wurden seit März 1885 entsprechende Vorschriften zur Verminderung der Zuwanderung von Auslandspolen erlassen: Alle nichtnaturalisierten Polen in den vier preußischen Ostprovinzen, insgesamt etwa 40.000 Menschen, wurden ausgewiesen, darunter ein Drittel Juden. Antipolnische „Abwehrpolitik“ und antisemitische Vorbehalte verstärkten sich hierbei gegenseitig. Eine neuerliche Zuwanderung war untersagt, mit preußischen Frauen verheiratete Polen waren samt ihrer Familie gleichermaßen auszuweisen.¹³

Ausweisung der „Auslandspolen“

Diese Massenausweisungen riefen eine erhebliche öffentliche Kritik, vor allem im Reichstag hervor, der in der Debatte um die Verordnungen Anfang 1886 Bismarck eine schwere parlamentarische Niederlage einbrachte.¹⁴ Vor allem die

¹⁰ Schlesische Zeitung, o.D., zit. n. ebd., S. 131.

¹¹ Bericht v. Gossler an Bismarck, 12.2.1885, zit. n. ebd., S. 134.

¹² Bismarck an Puttkammer, 11.3.1885, zit. n. ebd., S. 135.

¹³ Zu den Ausweisungsverordnungen vom 26.3. und 26.7.1885 sowie dem Zusammenhang zum Ansiedlungsgesetz vgl. Broszat, Zweihundert Jahre, S. 142-152, sowie H. Neubach, Die Ausweisung von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967; J. Wertheimer, Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, Oxford 1987, S. 60ff.

¹⁴ Vor dem Reichstag erklärte Bismarck am 28.1.1886: *„Wir wollen die fremden Polen los sein, weil wir an unseren eigenen genug haben.“* (zit. n. Broszat, Zweihundert Jahre, S. 147.)

großagrарischen Interessenvertreter wiesen warnend auf die negativen Folgen der Ausweisungen hin:

Kritik an Polenausweisungen

„In den Gutsbezirken wurden von dem Befehle ein Sechstel bis ein Drittel der Arbeiterfamilien betroffen, in einer nicht kleinen Anzahl von Gütern bis zwei Drittel und darüber; ein Ersatz wäre vorerst und vielleicht in Jahr und Tag nicht möglich gewesen. Einzelne Besitzer sandten in der ersten Bestürzung Boten aus, um preußische Arbeiterfamilien von Martini ab aus größeren Entfernungen zu gewinnen. Auch die Dorfgemeinden waren dezimiert worden. Da die meisten Überläufer hier geheiratet haben, so war die Befürchtung nicht ungerechtfertigt, daß Frauen und Kinder den Guts- und Gemeindebezirken zur Last fallen würden. Die Regierung hatte sich offenbar die Folgen nicht klargemacht.“¹⁵

Gleichwohl blieben die Proteste gegen Bismarcks Ausweisungspolitik zunächst auf den politischen Bereich beschränkt. Sie widersprachen allen Vorstellungen von liberaler Arbeiterpolitik, beeinträchtigten wirtschaftliche Interessen aber nicht in einem solchen Maße, dass etwa die ostdeutschen Großagrарier Bismarck hier die Gefolgschaft verweigert hätten – zu gering war noch die zahlenmäßige Bedeutung der Beschäftigung von ausländischen Polen, zu frisch auch die Erinnerungen an den Arbeitskräfteüberschuss noch wenige Jahre zuvor, als dass es hier um 1886 bereits zu grundlegenden Auseinandersetzungen gekommen wäre.

Übungsaufgabe: Informieren Sie sich über die Dreiteilung Polens und über die deutsche Nationalitätenpolitik in den Preußen zugeschlagenen polnischen Provinzen.

1.2 Strukturwandel in der Landwirtschaft

Wachsender Arbeitskräftebedarf

In der Phase der Gültigkeit der Ausweisungsverordnungen (1885 bis 1891) änderte sich die Einstellung gegenüber den polnischen Landarbeitern – hervorgerufen durch forcierten Strukturwandel in weiten Bereichen der Landwirtschaft als Antwort auf die seit den frühen 1870er Jahren zutage getretenen Defizite im Agrar-sektor. Der wichtigste Faktor war dabei die Intensivierung der Anbaumethoden, vor allem die starke Zunahme der Hackfruchtkulturen – und hier in erster Linie der Zuckerrübenanbau, der zu dieser Zeit profitabler war als der reine Getreideanbau, zudem staatlich subventioniert wurde und durch Fruchtwechsel deutliche Erhöhungen der Bodenerträge gestattete. Zwischen 1878 (176.000 ha) und 1893 (395.000 ha) verdoppelte sich die Rübenanbaufläche für die Zuckergewinnung, in der Provinz Posen verdreifachte sie sich zwischen 1893 und 1913 noch einmal.¹⁶ Diese Entwicklung, die mit – allerdings langsameren – Rationalisierungsprozessen in anderen Anbaubereichen einherging, hatte für den ländlichen Arbeitsmarkt und generell die Agrarverfassung durchgreifende Auswirkungen:

Intensivierung der Anbaumethoden

1. Zuckerrübenanbau war arbeitsintensiv und der Anteil der Handarbeit war dabei sehr hoch; so dass der Arbeitskräftebedarf der Landwirtschaft wuchs. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass die Technisierung der landwirtschaftlichen Produkti-

¹⁵ Rede des Abgeordneten Rickert vor dem Reichstag, 16.1.1886, Reichstagsprotokolle Bd. 87, S. 563.

¹⁶ Vgl. Nichtweiss, Saisonarbeiter, S. 32.

on auch bei den großen Gütern nur sehr langsam vonstatten ging – Folge auch der chronisch knappen Kapitaldecke der Großagrarien, die oft hoffnungslos verschuldet waren.

2. Der allmähliche Übergang zu intensiverer Bewirtschaftung, vor allem der verstärkte Rübenanbau, hatte eine extreme Saisonalisierung des Arbeitskräftebedarfs zur Folge: Der Arbeitskräftebedarf in den arbeitsreichsten im Verhältnis zum arbeitsärmsten Monat verhielt sich in den Rübenwirtschaften wie 4:1 gegen 1,6:1 beim Getreideanbau.¹⁷ In den Monaten der Hochsaison waren Arbeitskräfte also äußerst knapp, dementsprechend wurden für diese Zeit infolge von langen Arbeitszeiten und hohen Akkordsätzen relativ hohe Löhne gezahlt. In den Wintermonaten hingegen benötigten die landwirtschaftlichen Unternehmer nur wenige Arbeitskräfte für Arbeiten auf dem Hof. In der Folge bildeten sich auf den großen Gütern immer deutlicher zwei Kategorien von Arbeitskräften heraus:

Saisonalisierung des Arbeitskräftebedarfs

„1. ständige Arbeitskräfte zur dauernden Instandhaltung des Wirtschaftsbetriebes. Sie repräsentieren die obere Schicht der ländlichen Arbeitskräfte; ihr sind die wichtigsten, Sachkenntnis, Verantwortlichkeitsgefühl und Pflichttreue erfordernden Arbeiten wie Gespannführung, Viehpflege, Maschinenführung usw. anvertraut... 2. nichtständige, aus der Fremde zuwandernde Arbeitskräfte, für die durch den Rübenbau so gesteigerte Arbeit während der Saison. Ihre Aufgabe ist die eintönige und unindividuelle Pflege der Hackkultur, die, von der sonst in der landwirtschaftlichen Arbeit so stark betonten und ihren Hauptreiz bildenden Persönlichkeitsnote ausgeschlossen, Massenarbeit im eigentlichsten Sinne des Wortes wurde.“¹⁸

Kategorien von Arbeitskräften

In der Folge entstand ein immer größer werdendes Heer von landwirtschaftlichen Saisonarbeitern; eine Entwicklung, die zuerst in der Provinz Sachsen üblich wurde, (was den Saisonarbeitern den Namen „Sachsengänger“ eintrug) und sich seit den 1880er Jahren auf den gesamten landwirtschaftlichen Nordosten Preußens ausdehnte.

Sachsengänger

3. Das Vordringen der Saisonarbeiter aber erschütterte die Grundlagen der ländlichen Sozialverfassung. An die Stelle der halbfeudalen patriarchalisch-autoritär strukturierten Interessengemeinschaften zwischen Gutsherren und halbselbständigen Kleinbauern trat die agrarkapitalistische Beziehung zwischen landwirtschaftlichem Großunternehmer und dem „freien“ Saisonarbeiter als *„nurmehr über den Lohnvertrag gebundenen abhängigen Produzenten mit Konsumentenhaltung, Arbeitermentalität und wachsendem Arbeiterbewußtsein“*.¹⁹

Veränderung der ländlichen Sozialverfassung

Max Weber beschrieb im März 1893 bei der Generalversammlung des „Vereins für Sozialpolitik“ diese *„Zersetzung der überkommenen ländlichen Arbeitsverfassung“* zusammenfassend so:

„In materieller Beziehung führen zwei große Desorganisationen diese Zersetzung in der augenfälligsten Weise herbei, der eine – unwichtigere – ist die Dreschmaschine, der andere die Zuckerrübe, die ich hier a priori nenne als Repräsentantin der intensiven Bodenkultur über-

Analyse Max Webers

¹⁷ Ebd.

¹⁸ W.A. Henatsch, Das Problem der ausländischen Wanderarbeiter, Greifswald 1920, S. 7; zu den frühen Wanderungen vgl. K. Kaerger, Die Sachsengänger, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher, 19, 1890, S. 239-522.

¹⁹ Bade, Massenwanderung, S. 300.

haupt. Das vom Standpunkt der Wirtschaftsführung des Arbeitgebers entscheidende Moment ist dabei in letzter Linie: Die Differenz des Arbeiterbedarfs im Winter und des Arbeiterbedarfs im Sommer, sie wächst derart, daß das Halten der im Sommer erforderlichen ländlichen Arbeitskräfte das ganze Jahr hindurch unzweckmäßig wird. Das hat das Zurücktreten der ständigen, sesshaften, mit den Gütern dauernd verbundenen Arbeiter zu Gunsten der Saisonarbeiter und ganz im allgemeinen die kapitalistische Umgestaltung des alten Arbeitsverhältnisses in einen reinen Lohnarbeitsvertrag zur Folge...

Es ist von mir mitnichten behauptet worden, daß diese Desorganisation der Arbeitsverfassung des Großgrundbesitzes eine ‚Schuld‘ der einzelnen Großgrundbesitzer sei. Im Gegenteil, auch die Arbeiter wollen die Fortführung dieser Verfassung nicht. Es wird von zahlreichen Seiten in der Enquete berichtet – und ich glaube es – daß, wie bei den Heuerlingen, gerade die Bestgestellten unter den Instleuten es vorziehen, nicht nur in die Industrie, nein, auch zu den Landlosen, ungebundenen, aber auch rein proletarischen Schichten der Landarbeiterschaft, zu den sog. ‚freien‘ Arbeitern, überzugehen, trotzdem das die Aufgabe einer außerordentlich sicheren materiellen Lage zu Gunsten einer gänzlich unsicheren Existenz bedeutet. N i c h t s spricht ein vernichtenderes Urteil über die Zukunft des Instverhältnisses als eben dieses Moment.“²⁰

Auswirkungen auf die gesamte Landbevölkerung

Der sich in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre beschleunigende Verfall der überkommenen gutswirtschaftlichen Ordnung im preußischen Nordosten untergrub also nicht nur den „mentalen Fundamentalkonsens“ (Bade), der die Gutsbesitzer mit abhängigen Insten und Landarbeitern traditioneller Weise verbunden hatte, er bedrohte auch die Existenzgrundlage derjenigen Gruppen der Landbevölkerung, die auf regelmäßige und ganzjährige Arbeit und Verdienstmöglichkeit angewiesen waren und sich, sei es, weil sie zu alt, sei es, weil sie familiär gebunden waren, auf das riskante Abenteuer der Saisonarbeit mit halbjährlichem Wechsel von Spitzenlohn und Arbeitslosigkeit nicht einlassen konnten und wollten. Die Folge war eine weitere Zunahme der Abwanderung aus den Ostgebieten und damit des Arbeitermangels. Auf der anderen Seite entsprach die soziale Lage der meist jüngeren, zu hoher Mobilität und Flexibilität bereiten Saisonarbeiter aber einer Zwitterstellung: Nicht mehr in das spätfeudale Ordnungsgefüge der Gutswirtschaft mit den daraus erwachsenen Abhängigkeiten und Sicherheiten eingebunden, sondern „freier Lohnarbeiter“ – ohne aber die im industrialisierten Westen schon bestehenden arbeits- und sozialrechtlichen Errungenschaften der Industriearbeiterschaft wahrnehmen zu können; erst nach der Revolution 1918/19 wurden die Landarbeiter den Industriearbeitern arbeits- und sozialrechtlich gleichgestellt.

Sozialrechtliche Zwitterstellung der Saisonarbeiter

Ein Klassenbewusstsein wie beim städtischen Industrieproletariat bildete sich bei den proletarisierten Landarbeitern Ostdeutschlands erst sehr viel später und auch dann nur in Ansätzen heraus, so dass ihnen auch zur Verbesserung ihrer sozialen Lage keine kollektiven Kampfformen wie gewerkschaftliche Organisation und Streiks zur Verfügung standen. Einmal aber von der Bindung an die gutswirtschaftliche Ordnung gelöst, bedeutete die Abwanderung in die Industrie des Westens einen realistischen und naheliegenden Ausweg aus der perspektivlosen Situation im Osten. Die Industrie bot nicht nur bessere Löhne, sondern auch

²⁰ M. Weber, Die ländliche Arbeitsverfassung, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 58, Leipzig 1893, S. 62-86, hier S. 68-70; vgl. ders., Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 55), Leipzig 1892.

ganzjährige Beschäftigung, und zudem bestand hier die Möglichkeit, durch Koalitions- und Streikrecht die Lage der Einzelnen kollektiv zu verbessern.

Die Ausbreitung kapitalistisch organisierter landwirtschaftlicher Großbetriebe mit erhöhtem Bedarf an freien Saisonarbeitern, die in keinem anderen als in rein lohnbezogenen Verhältnis zum landwirtschaftlichen Arbeitgeber standen, sowie auf der anderen Seite die rapide Zunahme der Abwanderung deutscher und preußisch-polnischer Landbevölkerung in die Industriezentren des Westens: diese Konstellation verschärfte die „Leutenot“ im Osten dramatisch und verwies mit Macht auf das Reservoir der ausländisch-polnischen Arbeiterschaft, die durch die Verordnungen von 1885 aus nationalpolitischen Erwägungen ausgewiesen und an erneuter Zuwanderung gehindert worden war.

Verschärfung der Leutenot

Für die Ende der 1880er Jahre erneut auftretenden Diskussionen über die Wiederzulassung der ausländisch-polnischen Saisonarbeiter war aber nicht nur die zunehmende „Leutenot“ als Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft des preußischen Nordostens ausschlaggebend, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den angrenzenden Gebieten Russisch-Polens und Galiziens. Relativer Bevölkerungsüberschuss, ein wachsendes Heer landloser Proletarier, denkbar niedrige Löhne und Lebenshaltung bei einer durch noch stark vorindustrielle Lebensformen und Sozialbeziehungen und extensive Produktionsformen bestimmten sowie extrem auf Großgrundbesitz basierenden Landwirtschaft kennzeichneten zusammengefasst diese an den preußischen Osten angrenzenden Gebiete und setzten das in Preußen so ausgeprägte soziale West-Ost-Gefälle nach Osten hin weiter fort. Hier gab es eine schier unerschöpfliche Reserve an Arbeitskräften für die ostdeutschen Großgrundbesitzer, die immer lauter über Arbeitskräftemangel klagten und dabei vor allem nach Saisonarbeitern verlangten.

Vgl. den Text von Anton Knoke über die Verhältnisse in „Russisch-Polen“ und Galizien, Anhang 1

Und tatsächlich wurde gegen Ende der 1880er Jahre der Ruf nach Wiederzulassung ausländisch-polnischer Arbeiter in der ostdeutschen Landwirtschaft sowie in der schlesischen Industrie wieder lauter und weitete sich nachgerade zu einer regelrechten Kampagne der landwirtschaftlichen Interessenorganisationen für die Aufhebung des Zuwanderungsverbots aus. Denn seit die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften nicht mehr durch den Zustrom ausländischer Wanderarbeiter ausgeglichen werden konnte, hatten sich auch in der ostdeutschen Landwirtschaft die Marktkräfte zu regen begonnen. Einheimische Arbeitskraft wurde stärker nachgefragt als angeboten und also teurer, was den Lohnkostenanteil in der Landwirtschaft erhöhte. Zunächst wurden die noch extensiv produzierenden Großgüter von den höhere Löhne zahlenden Betrieben, die auf Intensivierung und auf Saisonalisierung umgestellt hatten, bedrängt, die sich dann selbst wiederum durch den Lohndruck der Industrie zu Lohnerhöhungen gezwungen sahen, um ihre Arbeiter zu halten.

Verstärkung der Kritik am Zuwanderungsverbot für Polen

Lohndruck durch Arbeitsmangel

„Die intensiv wirtschaftenden Landwirte der östlichen Provinzen ruinieren daher bei ferner ausbleibendem Zuzug russisch-polnischer Arbeiter und bei fernerem Zunehmen der Sachsengängerei mit ihren lockenden hohen Geldlöhnen zunächst die ... extensiv wirtschaftenden

Initiativen der landwirtschaftlichen Interessenvertreter